

Russland will keinen Frieden in der Ostukraine

TUP: Frau Professorin Sasse, warum gibt es keinen Frieden in der Ostukraine?

Sasse: Kurz gesagt: Es liegt in Russlands Interesse, den Krieg nicht zu beenden. Russland will ihn auf einem niedrighschwelligem Niveau weiterführen, um so Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine nehmen zu können. Darüber hinaus ist die Politik der Ukraine nicht immer eindeutig darauf ausgerichtet, den Konflikt zu lösen. Auf beiden Seiten hat man große Probleme, die vereinbarten Punkte aus dem sogenannten Minsker Abkommen in die Tat umzusetzen. Hauptgrund für den Ausbruch und die Fortsetzung des Krieges sind jedoch die Interessen von Russland.

Worin bestehen die russischen Interessen in der Ostukraine?

Sie gehen weiter als die Ostukraine. Der Osten des Landes ist ein Mittel, um politischen Druck auf die gesamte Ukraine auszuüben. Die Logik ist klar: In einem Land, in dem Krieg herrscht, geht es mit politischen und wirtschaftlichen Reformen – die in der Ukraine nach westlichen Modellen ausgerichtet sind – nur langsam voran. Ebenso wird in dieser ungewissen Gemengelage niemand in der EU oder der NATO an Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine denken. Es geht Russland darum, den Weg der Ukraine offen zu halten. Allerdings hat der Krieg wiederum den innen- und außenpolitisch nach Westen ausgerichteten Kurs der Ukraine bestärkt.

Wie erklären Sie sich den Erfolg Russlands?

In der Ostukraine bieten sich aufgrund struktureller und wirtschaftlicher Verknüpfungen, aber auch durch einen großen Anteil russischsprachiger Bevölkerung, günstige Anknüpfungspunkte für eine derartige russische Politik.

Aber wir wissen aus der Friedens- und Konfliktforschung, dass Länder und Kulturen, die aufgrund persönlicher Beziehungen, einer gemeinsamen Sprache und kultureller Nähe, wie es zwischen der Ostukraine und Russland der Fall ist, weniger anfällig sind für Konflikte. Wie passt das zusammen?

Das ist in der Tat eine viel diskutierte These in der Konfliktforschung. Um die Ereignisse in der Ostukraine zu bewerten, muss man die Krim-Annexion im Jahr 2014 bedenken. Die erstaunlich schnelle Aktion von russischer Seite auf der Krim war der Vorläufer vom Krieg in der Ostukraine. Es wäre nicht zu diesem Krieg gekommen, hätte es nicht vorher die Krim-Annexion gegeben. Wladimir Putin hat ganz bewusst eine politische Gelegenheit genutzt, die sich ihm geboten hat: den Moment nach dem Euro-Maidan. Nach dem politischen Machtwechsel in Kiew, bei dem es um die Frage einer weiteren Orientierung nach Westen vonseiten der Ukraine ging und den Russland immer als einen nicht legitimen Regimewechsel darstellte, haben viele nach Kiew geschaut – und nicht auf die Krim. Das hat Putin ausge-

nutzt – wohl wissend, dass selbst wenn man auf die Krim geschaut hätte, diese Intervention kaum zu verhindern gewesen wäre.

Einige bezeichnen den Konflikt auch als Bürgerkrieg.

Das ist er aber überhaupt nicht. Es ist ein Krieg, an dem sich lokal einige Separatisten beteiligen, aber nicht die gesamte Bevölkerung. Die Separatisten könnten ihre Stellung ohne die massive Unterstützung Russlands – durch Waffen und finanzielle Mittel – überhaupt nicht halten. Aus sich heraus wäre die Ukraine nicht auseinandergebrochen. Es ist also ein geopolitischer, ein internationaler Konflikt.

Mit einer immer geringeren öffentlichen Wahrnehmung. Und das obwohl der Krieg seit 2014 über 10.000 zivile und militärische Todesopfer gefordert hat. Warum spielt der Krieg in der medialen Öffentlichkeit kaum noch eine Rolle?

Jeder Krieg, der zu lange andauert, wird irgendwann zur Normalität. Das klingt sehr hart, ist aber leider häufig so. Es gibt derzeit glücklicherweise keine weiteren Eskalationen; es gibt aber sehr wohl weiterhin jede Woche Todesfälle, über die in den Medien nicht mehr berichtet wird. Wenn es dann auch noch bei der Umsetzung des Friedensabkommens hakt und wenige Treffen auf hoher politischer Ebene stattfinden, wird wenig berichtet.

Liegt es nicht auch daran, dass in unserer westlich dominierten Wahrnehmung Osteuropa, die Ukraine und Russland sehr weit weg zu sein scheinen?

Das ist ein weiteres Problem. Es ist vielen Menschen nicht bewusst, dass die Ukraine an der Ostgrenze Polens beginnt und wir gerade auch in Berlin nicht weit davon entfernt leben und dass dies ein Krieg in Europa ist. So etwas hat es seit den Balkankriegen nicht mehr gegeben. Sie haben die Opferzahlen angesprochen. Hinzu kommen etwa 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge innerhalb der Ukraine und ungefähr 1 Million, die nach Russland geflüchtet ist. Mit Blick auf die Binnenflüchtlinge gehört die Ukraine weltweit zu den zehn Staaten mit der größten Bevölkerung an Binnenflüchtlingen. Das sind Zahlen, die müssen uns was angehen.

Was macht diese Situation Ihren Erkenntnissen nach mit dem Land?

Binnenflüchtlinge sind in solchen Situationen oft schwierig zu integrieren. Zum einen geht jeder zu Beginn davon aus, dass es ein temporärer Status ist. Unsere Forschungen zeigen allerdings, dass die Mehrheit nicht plant, permanent zurückzugehen. Es ist somit ein Trugschluss anzunehmen, dass Geflüchtete oder Binnenflüchtlinge an die Orte, aus denen sie kamen, zurückkehren würden. Sie erhalten einige Verbindungen in ihre Herkunftsorte, arrangieren sich aber in erster Linie vor Ort. Es bleibt nichts anderes übrig, denn von einem wirtschaftlich nicht so starken Staat wie der Ukraine sind zwar Hilfsleistungen, Zahlungen und soziale Unterstützung zu erwarten, aber nur in sehr geringem Maße.

In der ukrainischen Regierung ist man zudem in Sorge, weil man nicht einordnen kann, wie sich die Geflüchteten politisch verhalten werden. Wenn sie nicht zurückgehen, können sie natürlich lokal und national ein politischer Faktor werden. Es ist kein Zufall, dass sich Regierung und Parlament sehr schwer tun mit der Frage, ob und wie die Binnenflüchtlinge nächstes Jahr an den Wahlen teilnehmen können. Auf nationaler Ebene mögen die Binnen-

flüchtlinge nur bedingt Einfluss haben, aber bei lokalen Wahlen würden sie auf jeden Fall ein Faktor sein.

Über die ukrainische Identität wird immer wieder diskutiert: Wie stark ausgebildet ist sie tatsächlich?

Den ukrainischen Staat gibt es ja erst seit 1991 in den heutigen Grenzen. In historischen Dimensionen gedacht ist das natürlich noch ein sehr junger Staat. Dafür war und ist die Ukraine in dem Gefühl, was eine Nation ist, die an ein Territorium, an einen Staat gebunden ist, viel weiter entwickelt, als viele erwartet hatten. Ich habe den innerukrainischen sprachlichen, regionalen, ethnischen, wirtschaftlichen, politischen Trennlinien auch nie sehr viel Konfliktpotenzial beigemessen. Dies hängt auch damit zusammen, dass etwa die sprachlichen und ethnischen Unterschiede in der Ukraine auf der lokalen und zwischenmenschlichen Ebene keine Probleme bereiten. Im lokalen Kontext in der Ostukraine sieht man häufig, dass beide Sprachen im Gebrauch sind oder einer eine Sprache spricht und der andere eine andere Sprache benutzt. Ukrainisch und Russisch sind eng miteinander verwandte Sprachen. Gerade in der Ostukraine sind beide sowohl in der Schule als auch im Alltagskontext anzutreffen. Das ist in der Westukraine an der polnischen Grenze etwas anders. Insgesamt gehen die Leute mit der Sprachenfrage in der Ukraine pragmatischer um, als es die Aussagen einiger Politiker oder unsere Berichterstattung vermuten lassen.

Folgen Sie der These, dass es bei einer bestehenden Mitgliedschaft oder einer konkreteren Perspektive auf eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato oder in der EU nicht zum Krieg in der Ostukraine gekommen wäre?

Ich glaube, das ist ein Trugschluss und eine falsche Argumentation. Denn: Wäre die Ukraine schon weiter gewesen auf ihrem Weg in die Nato, dann hätte es schon viel früher eine Auseinandersetzung mit Russland gegeben. Wir wissen auch, dass die Pläne über eine Annexion der Krim bereits länger existierten und auf einen für Russland günstigen Moment warteten. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber noch etwas anderes betonen, da sich in unserer Wahrnehmung der Blick auf die Auseinandersetzungen in bedenklicher Weise verändert hat. Denn klar ist: Es gab zum Zeitpunkt der Annexion auf der Krim keine Mobilisierung für eine Annäherung an Russland. Alles ging seinerzeit von Moskau aus. Zugleich wird bei uns zu häufig betont, dass die Krim ja immer schon russisch war und man deshalb Putins Vorgehen irgendwie nachvollziehen können müsse. Die Krim war seit 1783 bis hin zur Sowjetunion russisch. Aber vorher war sie auch lange krimtatarisches Gebiet. Noch davor waren viele Völker auf der Krim präsent. Es ist also eine sehr selektive Art der Geschichtsschreibung, einen alleinigen russischen territorialen Anspruch abzuleiten und damit letztlich das Vorgehen zu erklären.

Russland wird in seinem Vorgehen eingeplant haben, dass Europa reagieren muss und diesen Bruch des Völkerrechts ahndet. Inwiefern zeigt dies, dass Russland damit in ein posteuropäisches Zeitalter eintritt und sich klar von der Europäischen Union abwendet?

Russland hatte sich schon vorher abgewendet. Ich glaube aber, es hat Russland dann doch überrascht, dass sich die Vereinigten Staaten und die EU zusammen so schnell zu Sanktio-

nen durchbringen konnten und dass das Sanktionsregime bisher hält. Moskau hat dies allerdings in Kauf genommen. Putin hat es auch realistisch eingeschätzt, dass wegen der Krim niemand in den westlichen Staaten einen größeren Konflikt mit Russland eingehen wird. Mit der Verurteilung im Westen kann Russland leben, zieht daraus für den innenpolitischen Diskurs sogar Legitimität für das eigene System. Für die Sanktionen zahlt Russland einen Preis, der spürbar ist, aber bisher aufgefangen werden konnte.

Putin und anderen Politikern in Russland wurde immer wieder eine Europa-Sehnsucht, die Anerkennung durch die EU, als Hintergrund ihres internationalen politischen Handelns unterstellt. War dem jemals so?

Ja. In den 1990ern war das stärker ausgeprägt, sowohl in den Eliten als auch in der Bevölkerung. In den Folgejahren hat sich auf russischer Seite viel Frust angestaut. Man hat Russland – das muss man einfach so benennen – seit den 1990ern nicht den Raum gegeben oder den Platz einnehmen lassen – international und auch regional –, den es für sich beansprucht. Das rechtfertigt keinen Völkerrechtsbruch. Aber es ist sowohl aus der russischen Geschichte als auch der russischen Politik der Anspruch zu erkennen, auf Augenhöhe reden zu wollen. Im Westen ist man inzwischen in vielen Kreisen selbstkritisch mit Blick auf den Umgang mit Russland. Es wird durchaus diskutiert, ob man anders mit Russland hätte reden können, ohne eigene Prinzipien und Normen infrage zu stellen. Vielleicht wäre die Beziehung zwischen EU und Russland in der Praxis heute gar nicht so viel anders, wenn man auf gleicher Augenhöhe miteinander gesprochen hätte. Aber man hätte eventuell die aktuelle Zuspitzung vermieden.

Putin soll einmal gesagt haben, dass der Zerfall der Sowjetunion das größte Unglück war. Ist das, was er auf der Krim und in der Ostukraine vollzieht, eine Art Warnsignal an den Westen und an osteuropäische Staaten, die sich gegen Westen orientieren möchten?

Auf jeden Fall ist es ein Signal, dass die Gewissheiten internationalen Rechts nicht immer gelten. Häufig werden die EU und die Nato in einem Atemzug genannt. Aber das eigentliche Problem ist aus russischer Sicht die Nato-Annäherung von Ländern wie der Ukraine oder auch Georgien. Auch in Georgien hatte Putin 2008 klar eingegriffen.

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, dass Putin noch in andere Länder eingreifen könnte?

Die Ukraine war in seiner Logik ein Test. Aber einen Eingriff in die baltischen Länder etwa würde ich für sehr unwahrscheinlich halten. Das explizite Austesten der NATO-Beistandsverpflichtung wäre ein großes Risiko. Dort braucht Putin meines Erachtens auch gar keinen wirklichen Eingriff. Es reicht, wenn man häufiger in den Flugraum eindringt. Es kann also eher zu Zwischenfällen kommen, die eigentlich niemand wollte. Dann kann sich natürlich auch eine eskalierende Entwicklung daraus ergeben. Aber ich halte es für unwahrscheinlich, dass sich eine Situation wie auf der Krim oder in der Ostukraine an der Grenze mit den baltischen Ländern abspielen würde. Das ist ein Risiko, auf das es auch jemand wie Putin nicht ankommen lassen würde. Russland hat andere Mittel, insbesondere in Lettland und Estland, zwei Ländern mit einer großen russischsprachigen Minderheit, innenpolitisch Druck aus-

zuüben. Da braucht man die direkte militärische Konfrontation nicht. Aber man führt ja durchaus viele Manöver an der Grenze durch. Auch auf der Nato-Seite wird Ähnliches getan, um zu demonstrieren: Man ist präsent.

Wie kann es der EU gelingen, die eigenen Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte nicht über Bord zu werfen und zugleich Gesprächskanäle mit Russland offen zu halten?

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen der EU und Russland waren noch nie so schlecht wie heute. Die EU hat sich meines Erachtens zu Recht ganz darauf konzentriert, den Reformprozess der Ukraine zu unterstützen. Das geschieht ohne Rücksichtnahme auf russische Interessen, wie auch immer sie aus Moskau definiert werden. Ich halte die Sanktionen für richtig. Ich denke nicht, dass jetzt der Zeitpunkt ist, wo man über eine Lockerung der Sanktionen nachdenken kann. Mittelfristig sehe ich eher das Problem, dass sich die Sanktionen innerhalb der EU nicht mehr halten lassen. Es sind ja bereits einige EU-Mitgliedstaaten explizit dabei, diese zumindest rhetorisch auszuhöhlen. Da mache ich mir Sorgen, wie lange sich die Sanktionen in einem Rhythmus von sechs Monaten weiter verlängern lassen. Dass man jenseits aller Sanktionen weiterhin Gesprächskanäle offen hält, ist aber auch klar. Nicht weil man sich davon eine rasche Verbesserung der Beziehungen erhofft, sondern um frühzeitig mögliche interne Verschiebungen in Russland zu erkennen. Wichtig wäre auch eine Erweiterung der zwischenmenschlichen Kontakte, die das Bild vom „anderen“ prägen. Hierzu gehören z. B. Bildungsaustausch, Visaerleichterungen, Städtepartnerschaften und Kulturprojekte.

Gibt es vonseiten Putins das Ziel, die EU politisch zu schwächen?

Ja, das gibt es. Die EU und die innenpolitische Situation in vielen EU-Mitgliedstaaten bieten ihm derzeit die Gelegenheit, diese Schwächen politisch auszunutzen. Aber ob er auch eine konkrete Idee hat, wie irgendwann einmal die politischen Beziehungen zwischen Russland und der EU aussehen sollen, davon bin ich nicht so überzeugt.

Warum?

Es wird vor allem die Notwendigkeit wirtschaftlicher Beziehungen thematisiert. Man definiert sich zwar ab und zu in russischen Elitenzirkeln als posteuropäisch. Aber was heißt das? Es ist völlig inhaltsleer. Nach Asien schaut man auch nur begrenzt. Wenn es um die Orientierung, auch kulturelle Orientierung, vieler Russen und Russinnen geht, ist auf keinen Fall Asien der erste Bezugspunkt. Es ist ein sehr ambivalentes Bild sowohl von den Beziehungen zur EU als auch von der Rolle Russlands in der immer wieder betonten multipolaren Welt.

Welche mittel- bis langfristigen Überlegungen der EU sehen Sie, wie mit Russland umgegangen werden sollte? Was für eine Partnerschaft oder ein Verhältnis zu Russland strebt sie an – vielleicht auch für die Zeit nach Putin?

Man muss sich zunehmend auf die Zeit nach Putin konzentrieren. In der Zwischenzeit wird sich nicht viel politischer Spielraum ergeben. In vielen wirtschaftlichen Sektoren bestehen ja Beziehungen – auch Deutschland hat weiterhin viele wirtschaftliche Beziehungen mit Russ-

land. Das wird sich fortsetzen. Ich glaube auch, dass Putins Legitimität im Land zum Teil erodiert. Es gibt bei sozialen Themen wie einer sicheren Rente lokale Proteste, die signalisieren, dass Teile der Bevölkerung vielleicht nicht unbedingt Demokratie wollen, aber das Regime sich zu sehr über ihre berechtigten sozialen, wirtschaftlichen und lokalen Interessen hinwegsetzt. Das birgt einen Sprengstoff, mit dem das Regime zunehmend umgehen muss.

Gibt es eine große Differenz zwischen Stadt- und Landbevölkerung in der Wahrnehmung politischer und wirtschaftlicher Zustände?

In Russland ist dieser Unterschied allein aufgrund der Größe des Landes und der wirtschaftlichen Struktur extrem. Schon in den großen Regionalhauptstädten ist die Stimmung anders als in Moskau.

Das Ausmaß an ländlicher Armut ist enorm. Wie die Leute in kleineren Orten in Sibirien oder auch in der Nähe von Moskau leben, das können wir uns gar nicht vorstellen. In der Bevölkerung verbindet sich hier die Vorstellung von „Man ist schon immer vernachlässigt worden“, „Man muss sich immer selber irgendwie über Wasser halten“ mit einer starken Propagandamaschine des Kremls. Denn diese Menschen – insbesondere die älteren, die dort leben – haben kaum einen anderen Zugang zu Informationen als die staatlichen Medien. Dieser Überlebenskampf verbindet sich also mit einer unkritischen Einstellung. Allerdings hat sich über die Haupt- und Regionalstädte hinaus im kleinstädtischen Raum seit 2017 und 2018 etwas verschoben. Hier kommt es häufiger als zuvor zu Protesten, u. a. in Verbindung mit der sogenannten Nawalny-Bewegung. Dabei ging es nicht direkt um Demokratie, aber um Antikorruption und häufig um lokale Belange. Da haben sich das erste Mal seit Langem in Russland – auch über Moskau und St. Petersburg und die großen Regionalstädte wie Nowosibirsk hinaus – zahlreiche Menschen an Protesten beteiligt, sowohl Aktivisten und Aktivistinnen, aber auch zuvor nicht politisierte oder traditionell regime-loyale Teile der Bevölkerung. Die Proteste definieren sich mitunter als „apolitisch“, aber das sind sie von der Sache her natürlich nicht. Das ist eine neue, für Moskau gefährliche Entwicklung. Es dauert, bis sich derartige Strömungen in diesem großen Land verbinden. Doch sind es sichtbare Risse in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft.

Welches Potenzial für Veränderung steckt in der Jugend Russlands?

Das Putin-Regime bemüht sich sehr, diese zu vereinnahmen. Es gibt Jugendbewegungen, die offiziell organisiert werden. Die staatliche Rhetorik spricht häufig von der Bedeutung der Jugend, die die Werte Russlands erhalten soll. In einigen Umfragen kommen sie tatsächlich als sehr konservativ daher und erscheinen als die größten Unterstützer Putins. Gleichzeitig sind sie auch sehr sichtbar bei den Protesten, die wir im letzten Jahr gesehen haben. Es existieren also verschiedene Strömungen zur gleichen Zeit.

Dürfen wir Hoffnung schöpfen für die Zeit nach Putin?

Eine Zeit nach Putin bedeutet keineswegs eine rasche Demokratisierung. Es könnte auch eine noch autoritäre politische Führung oder einfach chaotischere Zustände geben. Es gilt, in langfristigen Zeiträumen zu denken und zu versuchen, das Potenzial für Stabilität und Wandel realistisch einzuschätzen. Dabei geht es auch darum, unsere Politik expliziter zu

definieren: unsere rechtstaatlichen Prinzipien sowie pragmatische internationale Kooperationsfelder. Auch die EU muss anfangen umzudenken. Man hat eine Zeit lang die Eurasische Wirtschaftsunion zu schnell abgetan. Es wäre insbesondere für Länder wie die Ukraine oder Georgien schwierig oder unmöglich, so hat man immer argumentiert, an beiden Projekten gleichzeitig beteiligt zu sein. Wenn die Integration der Eurasischen Wirtschaftsunion wirklich vorankommt – im Moment existiert sie ja nur in Ansätzen –, wäre genauer zu überlegen, wie man damit umgehen kann. Welche Art von neuen Beziehungen muss die EU auf wirtschaftlicher Ebene mit so einer Institution haben? Denn dass die Länder um Russland herum wirtschaftliche Verbindungen zu Russland haben, steht außer Frage. Auch ist in den Ländern der östlichen Partnerschaft der Wunsch nach Neutralität in Bezug auf NATO und EU nicht unerheblich, sodass man über neue Modelle der Zusammenarbeit nachdenken muss, die sich nicht allein auf Mitgliedschaft in der einen oder anderen Institution konzentrieren.

Interview: Peter Kuleba und Marius Mühlhausen

Dr. Gwendolyn Sasse

ist seit dem 1. Oktober 2016 Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS. Sie ist Professor of Comparative Politics im Department of Politics and International Relations und in der School of Interdisciplinary Area Studies an der Universität Oxford sowie Professorial Fellow am Nuffield College und Non-Resident Senior Fellow bei Carnegie Europe.

E-Mail: gwendolyn.sasse@zois-berlin.de